

## Einfach mal abschalten

Das war ja mal wieder eine tolle Nachrichtenwoche. Bei tolle sagt mein Rechtschreibprogramm: „*Versuchen Sie, Umgangssprache zu vermeiden.*“ Stattdessen soll ich „großartige“ verwenden. Nein, die Woche war nicht großartig, sie war toll im Sinne von verrückt. Umgangssprache ist ein wichtiges Stilmittel. Wenn ich jemand sagen möchte, dass er/sie gut aussieht, sage ich, „Du siehst gut aus.“ Und wenn ich der Meinung bin, jemand sieht Scheiße aus, dann sage ich: „Du siehst ja toll aus.“ Das haben wir geklärt.

### West-Berlin oder Berlin

Auch das zweite wichtige Problem in dieser Woche ließ sich schnell beheben. Offenbar hatte der Tagesspiegel aus der Kennedy-Rede vom 26. Juni 1963 zitiert und als Grundlage die Übersetzung der Senatsseite verwendet. Da stand in dem berühmten Zitat: „Bürger dieser Stadt West-Berlin“. Richtig ist natürlich: „*All free men, wherever they may live, are citizens of Berlin, and, therefore, as a free man, I take pride in the words ‚Ich bin ein Berliner.‘*“ Alle freien Menschen hätten damals aber sicherlich lieber in West- als in Ost-Berlin gelebt. Der Tagesspiegel fragte Senatssprecherin Claudia Sünder, wie es zu diesem Fehler kommen konnte. Bereits nach „*einer Stunde und 23 Minuten*“ kam die Antwort. Das „*bedauerliche Versehen*“ wurde korrigiert. Wenn sich doch bloß alle Probleme in dieser Stadt so schnell lösen würden.

Apropos Claudia Sünder. Seit Wochen kursiert ein 79-seitiges Dossier über die Senatssprecherin, verfasst von einem Wutbürger, der abgemahnt wurde, weil er ohne Genehmigung einen Stadtplan der offiziellen Berlin-Seite auf seine Homepage kopierte. Das erzürnte ihn dermaßen, dass er Frau Sünder auswählte, um Rache am Senat zu nehmen. Im Wesentlichen enthält das Papier zahllose Verleumdungen. Der Vorgang ist gerichtsanhängig. Nun hat sich herausgestellt, dass der Verfasser, Dr. Hans-Joachim Lehmann, für die Stasi gearbeitet hat. (Quelle: RBB-Info-Radio, Berliner Zeitung). Keine Überraschung. So wie die Recherche von Lehmann angelegt ist, konnte das nur das Werk eines Stasi-Mitarbeiters sein.

### Cannabis

Der Übergang von Stasi-Akten zu Cannabis fällt leicht. Die Berliner Morgenpost berichtet heute von einem Kurswechsel bei der SPD, „*die den rot-rot-grünen Senat anführt.*“ Cannabis soll nun endlich legalisiert werden. „*Für den SPD-Landesparteitag im November liegt ein Antrag vor, der gute Chancen hat, beschlossen zu werden. Darin fordern die Berliner Sozialdemo-*

*kraten nun die ‚staatlich kontrollierte Produktion und Abgabe von Cannabisprodukten an Erwachsene und deren legalen Besitz‘.*“ In dieser Frage ist sich die R2G-Koalition einig. Das bisherige Verbot habe nichts gebracht, denn trotz dieses Verbots konsumieren einer Studie zufolge „*heute mehr junge Berliner Haschisch als vor 20 Jahren. Demnach haben in Berlin 55 Prozent der 15- bis 39-Jährigen schon einmal Cannabis probiert.*“ Und wie viele sind dabeigeblichen? Die Abgabe soll in Apotheken und Fachgeschäften erfolgen. Haschisch-Wochen bei Lidl sind unausweichlich. „*Die Droge sollte wie Alkohol und Tabak besteuert werden.*“ Aha. Haschisch gehört in die Wertschöpfungskette der Finanzminister und nicht in dunkle Kanäle. Werbung für die Droge soll verboten sein, schade. Ich vermisse die Jack Daniels Werbung, diese Idylle in Lynchburg, Tennessee, wo der Whiskey hergestellt wird. Auch fehlt mir das HB-Männchen, dem nichts gelang und es deshalb vor Wut durch die Decke flog. Nach dem Genuss einer Zigarette lösten sich dann alle Probleme von selbst.

Naheliegender wären Anzeigen in der Apotheken-Rundschau. Da kostet eine Seite zwar 65.000 Euro, das spielt sich aber schnell wieder ein. Die Reichweite der Zeitschrift mit 20 Millionen Leser ist äußerst attraktiv. Nur beim Werbesong von Jan Wannemacher müsste ein Wort verändert werden. Nicht „*What ever we do*“, sondern „*What ever we take, we feel OK, we feel alright, on every single day.*“

### Martin Schulz meldet sich zurück

Wer das Vergnügen hatte, den ehemaligen SPD-Vorsitzenden Martin Schulz am Montag dieser Woche bei Lea Rosh zu erleben, kannte die klaren Worte schon, die er bei der Haushaltsdebatte im Bundestag am Mittwoch in Richtung AfD schleuderte. „*Er sagte, die AfD gehöre auf den ‚Misthaufen‘ der Geschichte und sie greife auf die ‚Mittel des Faschismus‘ zurück, wenn sie Migranten zur Ursache allen Übels erkläre. Später verteidigte er seine Wortwahl: ‚Auf einen groben Klotz muss man auch mal einen groben Keil setzen.‘*“ (Quelle: Tagesspiegel).

Die Tagesspiegel-Kommentatorin Anna Sauerbrey sieht den Wutausbruch von Schulz, der ihm Standig Ovationen seiner Genossen einbrachte, allerdings kritisch. „*Die Rede war was für ein wohligh-warmes Demokraten-Bauchgefühl*“, schreibt sie. „*Doch so begeistert sie aufgenommen wurde: Gut war sie nicht. Schulz setzt den groben Keil ‚Faschismus‘ an – und verwischt damit, was die AfD wirklich so gefährlich macht.*“ Deutschland stehe, so Frau Sauerbrey, „*eben nicht vor einer faschistoiden, von Gewalt auf den Straßen begleiteten Machtübernahme durch offene Fein-*

de des Parlamentarismus und ihrer Gehilfen im Establishment, die Gesetze und Verfassung außer Kraft setzen. Die Methodik der AfD ist eine andere. Die AfD will das System von innen aushöhlen. Sie stellt sich nicht gegen den Parlamentarismus, sondern nutzt ihn. Die Parlamente dienen ihr als Verstärker, um Wahrheiten zu erschüttern. Sie behauptet eine ‚schweigende Mehrheit‘ zu vertreten und sät Zweifel daran, dass das Parlament den Willen der Wähler abbildet. Sie ist eben kein Knüppelschwinger, sondern ein Virus.“

Der Regierende Bürgermeister Michael Müller sagte am Donnerstag im Berliner Abgeordnetenhaus. „Die Brandstifter, die Zünder, die kommen schon längst nicht mehr in Springerstiefeln und Bomberjacken. Die kommen im Kostüm, in Anzug und Krawatte. Und sie sind mitten unter uns. Ihre Idole sind leider nicht, wie für viele von uns selbstverständlich, Kennedy oder Adenauer oder Brandt – oder Helmut Schmidt –, sondern ihre Idole sind Trump, Erdoğan und Orbán. Und dagegen werden wir uns engagieren!“

Die Auseinandersetzung mit der AfD gehört natürlich in die Parlamente. Man muss allerdings sehr aufpassen, dass diese Schlagabtausche nicht zu einem unwürdigen Theaterdonner verkommen. Die notwendige Würde des Parlaments muss gewahrt bleiben. Natürlich ist es legitim, wenn Abgeordnete sagen, was sie von der AfD halten. Muss man aber über jedes Stöckchen springen? Angela Merkel macht es richtig. An ihr prallen alle Anwürfe der AfD unkommentiert ab.

Der SPD-Abgeordnete Johannes Kahrs machte am Mittwoch im Parlament seinem Ärger Luft. „Außer ‚dummen Sprüchen‘ habe die Partei keine Inhalte und keine Lösungen. Stattdessen sei von der AfD nur Spaltung und Hetze zu erwarten. Dann fiel ein Satz als Replik auf die Rede von Alexander Gauland, dem AfD-Fraktionsvorsitzenden. Der hatte gesagt, Hass sei keine Straftat. Kahrs konterte nun: ‚Hass macht hässlich! Schauen Sie doch in den Spiegel.‘“ (Quelle: Welt online). Verständlich, aber musste das sein? Wie dünnhäutig die AfD ist, bewies sie auf dem Fuße. Die Abgeordneten verließen den Plenarsaal, und Alice Weidel bot eine besondere Show-Einlage, indem sie mit einem Fuß auf den Boden stampfte, wie ein bockiges Kleinkind, dem man den Teddy weggenommen hat. Der legendäre SPD-Fraktionschef Herbert Wehner hatte am 13. März 1975 eine Tradition begründet, nämlich den Plenarsaal demonstrativ zu verlassen, wenn man sich durch einen Redner beleidigt fühlt. „Wehner hatte in einer Rede zum Thema Terrorismus Äußerungen zum Besten gegeben, die den Konservativen so gar nicht ins politische Konzept passen wollten. Nach etlichen vorangegangenen Beschimp-

fungen gegen den ehemaligen Kommunisten Wehner, verließen die Unionsabgeordneten schließlich den Bonner Plenarsaal. Wehner konterte auf diese Missachtung seiner Person erobert mit dem legendären Satz: ‚Wer rausgeht, muss auch wieder reinkommen.‘“ (Quelle: Spiegel Online). Und so geschah es auch am 12. September. Nach und nach kehrten die Abgeordneten der AfD wieder zurück, was Oliver Welke in der „heute show“ am Freitag bedauerte. Man hätte die Gunst der Stunde nutzen und den Saal verschließen sollen, so Welke.

## Reizthema Videoüberwachung

Wir wären nicht auf ein unscharfes Video von „Antifa Zeckenbiss“ angewiesen, das die Jagd auf zwei Menschen zeigte, wenn es in Chemnitz eine vernünftige Videoüberwachung gegeben hätte. Unbestritten ist, dass Videoüberwachung Straftaten nicht verhindert. Zur Aufklärung hat der Einsatz der Kameras, beispielsweise bei der U-Bahn, schon erheblich beigetragen.

Ich verstehe das Problem nicht. Wenn ich über den Hermann- oder Alexanderplatz laufe, was ich nach Einbruch der Dunkelheit so und so nicht machen würde, ist es mir doch scheißegal, ob ich von einer Polizeikamera aufgenommen werde oder nicht. Ganz im Gegenteil. Sollte ich mal ein Alibi benötigen, „Wo waren sie am um?“, könnte ich sagen, „Schauen Sie doch nach, ich lief über den Alex!“

Sicherlich hat Innensenator Andreas Geisel (SPD) ausreichend Gründe, den „Gesetzestext des Volksbegehrens für mehr Videoüberwachung für rechtswidrig“ zu halten. „Nun muss der Berliner Verfassungsgerichtshof über das Anliegen entscheiden, bis zu 50 Orte im Stadtgebiet flächendeckend und dauerhaft mit Kameras zu bestücken.“, schreibt die Berliner Morgenpost.

Mit einem der Initiatoren, Heinz Buschkowsky, sprach die Berliner Morgenpost. „Das ist ein deutliches Zeichen, dass der Senat die Hosen voll hat vor dem Volksbegehren. 80 bis 85 Prozent der Bevölkerung sind für mehr Videoüberwachung. Trotzdem will der Senat Zeit schinden, um für die Volksabstimmung wegzukommen vom Tag der Europawahl im Mai 2019. Und er bezweifelt die Rechtmäßigkeit einer Praxis, die in der gesamten Bundesrepublik überall üblich ist.“, sagte Buschkowsky der Morgenpost.

Die Frage, ob 50, 30 oder 65 Orte von Videokameras überwacht werden sollen, ist für Buschkowsky nicht wichtig. „Wir möchten Orte nach Einschätzung der Polizei mit Video überwachen lassen.“ Dem Argument, dass unbescholtene Bürger gefilmt würden, setzt

Buschkowsky entgegeng: „Klar gibt es unbescholtene Bürger, aber es gibt eben auch böse Buben. Der öffentliche Raum hat sich doch aber gewandelt. Die Frage ist doch, wie und ob der unbescholtene Bürger noch auf der anderen Seite des Alexanderplatzes ankommt und ob er heil wieder aus der U-Bahn aussteigt.“ Das Gegenargument von Morgenpost-Redakteur Joachim Fahrn, dass Buschkowsky Panikmache betreibt, denn „Hunderttausende laufen über den Alexanderplatz, ohne dass ihnen etwas zustößt.“, kontert Buschkowsky: „Natürlich brauchen die Leute keine Angst zu haben, in Berlin auf die Straße zu gehen. Ich gehe auch auf die Straße. Aber ich möchte mich abfinden mit 15.000 Straftaten auf 100.000 Einwohner. Ich möchte, dass man endlich die Opfer von Straftaten stärker in den Blick nimmt.“

Fahrn weist auf das Kernproblem in der Debatte hin, nämlich dass der Innensenator in einem Dilemma stecke. „Er will mehr Videokameras, kann sich aber bei seinen Koalitionspartnern Linke und Grüne nicht durchsetzen.“ „Viele in der SPD sind für mehr Videoüberwachung.“, sagt Buschkowsky. Erinnern wir uns an den Januar 2017. „Berlins SPD-Fraktionschef Raed Saleh hat sich von den Beschlüssen der rot-rot-grünen Koalition zur Videoüberwachung deutlich distanziert. ‚Niemand versteht, warum Videoüberwachung an kriminalitätsbelasteten Plätzen nicht erlaubt sein soll‘, sagte Saleh am Donnerstag in der Debatte nach der Regierungserklärung im Abgeordnetenhaus. ‚Da müssen wir uns ehrlich machen.‘ Die Bürger fragten sich zu Recht, ob es noch zeitgemäß sei, so restriktiv wie in Berlin mit dem Einsatz von Videokameras auf öffentlichen Plätzen umzugehen. ‚Wir müssen bei der Videoüberwachung zu einer zeitgemäßen Lösung kommen‘, sagte Saleh.“

(Quelle: Der Tagesspiegel Sabine Beikler 13.01.2017)

Es ist bekannt, dass ich in meinen Artikeln sowohl zu Heinz Buschkowsky als auch zu Raed Saleh eine sehr kritische Haltung einnehme. Im Falle Videoüberwachung bin ich jedoch voll auf ihrer Seite.

## Grausames Erwachen am 14. Oktober

in der Haut von Horst Seehofer und Markus Söder möchte ich am Abend des 14. Oktober nicht stecken. Natürlich sind sie vorgewarnt, machen aber noch gute Miene zum bösen Absturz. Mit 47,7% zog die CSU 2013 erneut in den bayerischen Landtag ein und erreichte damit die absolute Mehrheit der Mandate. Die neueste Umfrage von Infratest dimap bescheinigt der Partei Franz Josef Strauß' nur noch 35%, ein Minus von 12,7 Punkten. Am wenigsten kann sich darüber die SPD freuen. Denn sie rutscht von 20,6% auf 11% ab. Alle anderen können sich zum Sieger erklären. Die

Freien Wähler kämen von neun auf elf Prozent, die FDP von 3,3 auf fünf, die Linke von 2,1 auf fünf – beide hätten also Chancen, ins Maximilianeum einzuziehen. Die AfD käme von Null auf elf Prozent und ist damit sicher drin. Die Grünen, und das ist vielleicht die größte Sensation, können sich vermutlich verdoppeln, von 8,6% auf prognostizierte 17%. Viele Bayern haben von den Stammtischparolen Seehofers und Söders einfach die Schnauze voll (Anm.d. Rechtsschreibprogramms: „Versuchen Sie, Umgangssprache zu vermeiden“).

Bayern wird also schwarz-grün. Nichts anderes wäre möglich. Die CSU wird mit Sicherheit das Ziel verfolgen, 2023 die absolute Mehrheit zurückzuerobern. Damit das gelingen könnte, sollte sie sich am Sonntag, dem 14. Oktober 2018, um 18.05 Uhr von ihrem Parteichef Seehofer und Ministerpräsidenten Söder verabschieden. Möglicher weiterer Einsatz für einen der beiden: Nach dem Rückzug von Luise Kinseher in diesem Jahr, ist die Stelle des Festredners beim Starkbieranstich auf dem Nockherberg frei. Seehofer wäre die Idealbesetzung.

## Plus 2 – SPD im Aufwind

Nein, keine Satire. Im ZDF-Politbarometer, ermittelt durch die Forschungsgruppe Wahlen, legt die SPD zum Vormonat um zwei Punkte auf jetzt 20% zu. Eine 2 vor dem Komma. Das macht Hoffnung. Die Union ist inzwischen auch Abonnet der Bewertung „Schlechtestes Ergebnis ever“. Jetzt noch 30 Prozent, -1. Wie die SPD, so legen auch die Grünen zwei Punkte zu, auf 16%. Die Linke bleibt bei acht, die FDP verliert einen Punkt auf sieben und die AfD verliert zwei Punkte auf nunmehr 15. Die GroKo schrammt an der Mehrheitsgrenze, Jamaika hätte eine satte Mehrheit mit 53%. 2021 wird es genauso kommen. Ohne Merkel und Seehofer wird sich die Union mit den Grünen und der FDP verbinden. Und die SPD kann sich endlich für einige Zeit ausruhen, um dann 2026 mit Kevin Kühnert das Kanzleramt zu erobern. Gemeinsam mit Grünen und Linken, ohne Wagenknecht und Lafontaine.

Auch wenn Martin Schulz sagt: „Die Sammlungsbewegung muss aber SPD heißen.“, so kann es ganz anders kommen. Eine Sammlungsbewegung aus allen fortschrittlichen Kräften – also ohne CSU und AfD – aus Sozial-, Christ-, Freien Demokraten, Grünen und Nichtwählern. Leider ist der Name „Neues Deutschland“ schon belegt. Auch „Wir sind das Volk“ geht nicht. Vielleicht haben Sie eine Idee, wie man diese Bewegung nennen könnte. Aber erst einmal abschalten, wenigstens übers Wochenende.

**Ed Koch**